



Amtsblatt für Brandenburg

Gemeinsames Ministerialblatt für das Land Brandenburg

16. Jahrgang

Potsdam, den 16. November 2005

Nummer 45

Inhalt	Seite
Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung	
Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren	1058
Landesbetrieb Straßenwesen, Niederlassung Wünsdorf	
Umstufung von Teilabschnitten der Bundesstraße B 96a	1058
Umstufung von Teilabschnitten der Bundesstraße B 101 im Bereich Thyrow und Kerzendorf	1059
Kommunaler Anteilseignerverband Nordost der E.ON edis AG	
Bekanntmachung der siebten Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Kommunalen Anteilseignerverbandes Nordost der e.dis Energie Nord AG	1060
Beilage: Amtlicher Anzeiger Nr. 45/2005	

**Zuständigkeitsregelung hinsichtlich
der Beteiligung der Verkehrsbehörden und
der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher
Belange in Planungsverfahren**

Erlass
des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung
Vom 1. November 2005

Verkehrsbehörden und Straßenbauverwaltung im Sinne dieses Erlasses sind das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung, das Landesamt für Bauen und Verkehr und der Landesbetrieb Straßenwesen.

Die Träger der Planungsverfahren haben als Träger öffentlicher Belange zu beteiligen:

Planungsverfahren:	Übergabe der Unterlagen an:
1. Landesentwicklungspläne	- Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung
2. Regionalpläne	- Landesamt für Bauen und Verkehr - Landesbetrieb Straßenwesen
3. Raumordnungsverfahren	- Landesamt für Bauen und Verkehr - Landesbetrieb Straßenwesen
4. Kreisentwicklungspläne, kreisliche Entwicklungskonzeptionen	- Landesamt für Bauen und Verkehr - Landesbetrieb Straßenwesen
5. Braunkohlen- und Sanierungspläne nach dem Gesetz zur Einführung der Regionalplanung und der Braunkohlen- und Sanierungsplanung im Land Brandenburg	- Landesamt für Bauen und Verkehr - Landesbetrieb Straßenwesen
6. Ausweisung von Naturschutz- und Wasserschutzgebieten, Landschaftsschutzgebiete, forstliche Rahmenpläne	- Landesamt für Bauen und Verkehr - Landesbetrieb Straßenwesen
7. Planfeststellungsverfahren und Plangenehmigungen	- Landesamt für Bauen und Verkehr - Landesbetrieb Straßenwesen
8. Planfeststellungsverfahren nach dem Telegraphengesetz	- Landesbetrieb Straßenwesen
9. Flächennutzungspläne	- Landesamt für Bauen und Verkehr - Landesbetrieb Straßenwesen

Planungsverfahren:	Übergabe der Unterlagen an:
10. Bebauungspläne, Vorhaben und Erschließungspläne, Sanierungssatzungen	- Landesamt für Bauen und Verkehr - Landesbetrieb Straßenwesen
11. Bodenordnungsverfahren	- Landesamt für Bauen und Verkehr - Landesbetrieb Straßenwesen
12. Satzungen nach § 34 des Baugesetzbuches	- Landesamt für Bauen und Verkehr - Landesbetrieb Straßenwesen
13. Sonstige gemeindliche Planungen	- Landesamt für Bauen und Verkehr - Landesbetrieb Straßenwesen

Bei allen Planungsverfahren sind die unteren Straßenverkehrsbehörden als Träger öffentlicher Belange zu beteiligen, soweit ihr regionaler Zuständigkeitsbereich betroffen ist.

Werden bei Planungsverfahren gemäß den laufenden Nummern 2 bis 13 Belange von Flughäfen betroffen, ist auch eine Stellungnahme des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung, Abteilung 4 einzuholen.

Der Erlass tritt zum Zeitpunkt der Veröffentlichung in Kraft.

Mit Inkrafttreten dieses Erlasses verlieren nachfolgende Erlasse und Bekanntmachungen ihre Gültigkeit:

- Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren (Erlass des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr vom 2. September 1997, ABl. S. 838)
- Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren (Bekanntmachung des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr vom 1. Juni 1994, ABl./AAnz. S. 510, zuletzt geändert durch die Bekanntmachung vom 30. September 1998, ABl. S. 942).

**Umstufung von Teilabschnitten
der Bundesstraße B 96a**

Bekanntmachung des Landesbetriebes Straßenwesen,
Niederlassung Wünsdorf
Vom 26. Oktober 2005

Durch den vierstreifigen Ausbau der B 96 südlich Berlin von der Anschlussstelle Rangsdorf bis zur Landesgrenze Berlin/Brandenburg auf dem Teilabschnitt von Bau-km 5+335,838 bis Bau-km 8+026,231 (1. Bauabschnitt), einschließlich vierstreifigen Ausbaus der L 76 von Bau-km 0+000,000 bis Bau-km

0+712,431 und der B 96a von Bau-km 0+712,432 bis Bau-km 2+300,000, einschließlich Neubau der Knoten B 96/B 96a-L 76 und B 96a/L 75, einschließlich Anschluss der Gewerbegebiete Mahlow M1 und M2, einschließlich landschaftspflegerischer Begleitmaßnahmen und lärmtechnischer Maßnahmen im Amt Blankenfelde-Mahlow (Gemarkung Mahlow) und in der amtsfreien Gemeinde Nuthe-Urstromtal (Gemarkung Woltersdorf) des Landkreises Teltow-Fläming sowie im Amt Schönefeld (Gemarkung Großziethen, Selchow, Waßmannsdorf) des Landkreises Dahme-Spreewald gemäß Planfeststellungsbeschluss 50.1 7172/96.13 vom 31. Mai 2002 hat sich die Verkehrsbedeutung der B 96a auf dem Teilabschnitt auf Dauer geändert.

Abstufung

Gemäß § 2 Abs. 4 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 2003 (BGBl. I S. 286) ist beabsichtigt, mit Wirkung zum **1. Januar 2006** folgenden Abschnitt der Bundesstraße (B) zur Gemeindestraße abzustufen:

B 96a von Netzknoten 3646 003 bis Netzknoten 3646 004 mit einer Gesamtlänge von 1,060 km.

Künftiger Baulastträger wird die Gemeinde Schönefeld als Baulastverwalter für die Gemarkung Großziethen.

Der Verwaltungsakt und seine Begründung können im Landesbetrieb Straßenwesen, Niederlassung Wünsdorf, Hauptallee 116/4, 15838 Wünsdorf zu den üblichen Dienstzeiten eingesehen werden.

Diese Verfügung gilt eine Woche nach der Veröffentlichung als bekannt gegeben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Lindenallee 51, 15336 Hoppegarten einzulegen. Es wird darauf hingewiesen, dass bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs die Widerspruchsfrist nur dann gewahrt ist, wenn der Widerspruch innerhalb dieser Frist bei der Behörde eingegangen ist.

Umstufung von Teilabschnitten der Bundesstraße B 101 im Bereich Thyrow und Kerzendorf

Bekanntmachung des Landesbetriebes Straßenwesen,
Niederlassung Wünsdorf
Vom 26. Oktober 2005

Durch den vierstreifigen Neubau der Bundesstraße B 101n PA 5 Berlin/Kerzendorf südlich der Umfahrung der B 101 über die Bahnstrecke Berlin - Halle/Leipzig bis Landesgrenze Berlin -

Brandenburg gemäß Planfeststellungsbeschluss 50.67172/101.14 vom 22. Februar 2002 und die Ausbaustrecke Berlin - Halle/Leipzig, Bahnübergangsbeseitigung im Zuge der Bundesstraße B 101 km 28,240 der Strecke Berlin Anhalter Bf. - Halle Hbf. (Strecke 6132) bei Kerzendorf (Stadt Ludwigsfelde) gemäß Planfeststellungsbeschluss 1011.1035 Pap/604 vom 7. Juli 2000 hat sich die Verkehrsbedeutung der B 101 auf dem Teilabschnitt auf Dauer geändert.

I. Abstufung

Gemäß § 2 Abs. 4 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 2003 (BGBl. I S. 286) ist beabsichtigt, mit Wirkung zum **1. Januar 2006** folgenden Abschnitt von der Bundesstraße (B) zur Gemeindestraße abzustufen:

B 101

von Netzknoten 3745 030 km 0,121 bis Netzknoten 3745 005 Abschnitt 565 mit einer Gesamtlänge von 3,084 km.

Künftiger Straßenbaulastträger wird vom Abschnitt 565 km 0,121 bis km 0,555 für 0,434 km die Stadt Trebbin als Baulastverwalter für die Gemarkung Thyrow und von km 0,555 bis km 0,692 sowie von km 0,747 bis km 3,260 insgesamt für 2,650 km die Stadt Ludwigsfelde als Baulastverwalter für die Gemarkung Kerzendorf.

II. Einziehung

Folgende Teilstrecken der B 101 Abschnitt 565 werden mit Verkehrsfreigabe nach § 2 Abs. 5 FStrG eingezogen:

- von km 0,059 bis km 0,121 (62 m)
- von km 0,692 bis km 0,747 (55 m).

Diese Teilstrecken verlieren jede Verkehrsbedeutung.

Der Verwaltungsakt und seine Begründung können im Landesbetrieb Straßenwesen, Niederlassung Wünsdorf, Hauptallee 116/4, 15838 Wünsdorf zu den üblichen Dienstzeiten eingesehen werden.

Diese Verfügung gilt eine Woche nach der Veröffentlichung als bekannt gegeben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Lindenallee 51, 15336 Hoppegarten einzulegen. Es wird darauf hingewiesen, dass bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs die Widerspruchsfrist nur dann gewahrt ist, wenn der Widerspruch innerhalb dieser Frist bei der Behörde eingegangen ist.

Kommunaler Anteilseignerverband Nordost der E.ON edis AG

**Bekanntmachung der siebten Änderungssatzung
zur Verbandssatzung des Kommunalen
Anteilseignerverbandes Nordost
der e.dis Energie Nord AG**

Die Verbandssatzung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 2003 (ABl. für Brandenburg S. 784), zuletzt geändert am 28. Januar 2004 (ABl. für Brandenburg S. 191), wird folgendermaßen geändert:

§ 1 Abs. 1 lautet nunmehr:

Der Name des Zweckverbandes ist: „Kommunaler Anteilseignerverband Nordost der E.ON edis AG“.

§ 7 Abs. 1 Satz 3 lautet nunmehr:

„Die Verbandsversammlung hat 284 Mitglieder.“

Folgende Gemeinden sind in der Anlage zu streichen:

Gemeinde Sanzkow	(Nr. 12)
Gemeinde Lebehn	(Nr. 21)
Gemeinde Nerdin	(Nr. 60)
Gemeinde Poggelow	(Nr. 75)
Gemeinde Neu Heinde	(Nr. 76)
Gemeinde Matgendorf	(Nr. 77)
Gemeinde Levitzow	(Nr. 82)
Gemeinde Schmarsow	(Nr. 85)
Gemeinde Adamshoffnung	(Nr. 104)
Gemeinde Grüssow	(Nr. 106)
Gemeinde Kogel	(Nr. 107)
Gemeinde Lexow	(Nr. 108)
Gemeinde Rogeez	(Nr. 111)
Gemeinde Pampow	(Nr. 129)
Gemeinde Plötz	(Nr. 143)
Gemeinde Lansen	(Nr. 155)
Gemeinde Diemitz	(Nr. 157)
Gemeinde Watzkendorf	(Nr. 174)
Gemeinde Neu Käbelich	(Nr. 183)
Gemeinde Mewegen	(Nr. 195)
Gemeinde Bismark	(Nr. 197)
Gemeinde Quitzerow	(Nr. 233)
Gemeinde Wotenick	(Nr. 234)
Gemeinde Wüstenfelde	(Nr. 239)
Gemeinde Schwerinsburg	(Nr. 244)
Gemeinde Schwanbeck	(Nr. 252)
Gemeinde Warlin	(Nr. 267)
Gemeinde Hohenbrünzow	(Nr. 284)
Gemeinde Densow	(Nr. 309)
Gemeinde Gandenitz	(Nr. 310)
Gemeinde Hammelspring	(Nr. 311)
Gemeinde Klosterwalde	(Nr. 312)
Gemeinde Petznick	(Nr. 313)
Gemeinde Röddelin	(Nr. 315)
Gemeinde Storkow	(Nr. 316)
Gemeinde Vietmannsdorf	(Nr. 317)
Gemeinde Gollin	(Nr. 318)

Gemeinde Groß Dölln	(Nr. 319)
Gemeinde Grunewald	(Nr. 320)
Gemeinde Herzfelde	(Nr. 321)

Der Gemeinename der Nummer 11, Gemeinde Mönckebude, wird in Mönkebude geändert.

Der Gemeinename der Nummer 14, Gemeinde Hammer an der Uecker, wird in Hammer a. d. Uecker geändert und in der Spalte „Amt“ wird „Amt Ferdinandshof“ durch „Amt Torgelow-Ferdinandshof“ ersetzt.

Der Gemeinename der Nummer 19, Gemeinde Beenz, wird in Stadt Lychen (vormals Gemeinde Beenz) geändert und in der Spalte „Amt“ wird „Amt Lychen“ gestrichen.

Der Gemeinename der Nummer 22, Gemeinde Brohm, wird in Stadt Friedland (vormals Gemeinden Brohm und Schwanbeck) geändert.

Der Gemeinename der Nummer 72, Gemeinde Sukow-Marienhof, wird in Sukow-Levitzow geändert.

Der Gemeinename der Nummer 73, Gemeinde Remlin, wird in Schwasdorf geändert.

Der Gemeinename der Nummer 141, Gemeinde Vogelsang, wird in Vogelsang-Warsin geändert.

Der Gemeinename der Nummer 156, Gemeinde Torgelow, wird in Torgelow am See geändert.

Der Gemeinename der Nummer 304, Gemeinde Bristow, wird in Schorssow geändert.

Der Gemeinename der Nummer 248, Gemeinde Teusin, wird in Utzedel (vormals Gemeinde Teusin) geändert.

Der Gemeinename der Nummer 308, Gemeinde Beutel, wird in Stadt Templin (vormals Gemeinden des Amtes Templin-Land) geändert.

Bei den Gemeinden Groß Miltzow (Nr. 202), Helpt (Nr. 205), Kublank (Nr. 222), Neetzka (Nr. 200), Schönbeck (Nr. 201), Schönhausen (Nr. 207) und Voigtzdorf (Nr. 206) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Groß Miltzow“ durch „Amt Woldegk“ ersetzt.

Bei den Gemeinden Alt Tellin (Nr. 1), Daberkow (Nr. 2), Bentzin (Nr. 216), Tutow (Nr. 217), Kruckow (Nr. 229) und Völschow (Nr. 230) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Tutow“ durch „Amt Jarmen-Tutow“ ersetzt.

Bei der Stadt Jarmen (Nr. 219) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Jarmen-Tutow“ eingetragen.

Bei den Gemeinden Dahmen (Nr. 15), Hohen Demzin (Nr. 16), Warnkenhagen (Nr. 17), Dalkendorf (Nr. 18), Groß Wokern (Nr. 165), Groß Roge (Nr. 277) und Bristow (Nr. 304) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Teterow-Land“ durch „Amt Mecklenburgische Schweiz“ ersetzt.

Bei den Gemeinden Thürkow (Nr. 71), Sukow-Levitzow (Nr. 72), Schwasdorf (Nr. 73), Prebberede (Nr. 74), Jördenstorf (Nr. 83), Groß Wüstenfelde (Nr. 84) und Lelkendorf (Nr. 99) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Jördenstorf“ durch „Amt Mecklenburgische Schweiz“ ersetzt.

Bei den Gemeinden Sarow (Nr. 115), Sommersdorf (Nr. 116), Kentzlin (Nr. 117), Meesiger (Nr. 118), Hohenbollentin (Nr. 119), Verchen (Nr. 120), Beggerow (Nr. 122), Schönfeld (Nr. 123), Borrentin (Nr. 124) und Lindenberg (Nr. 125) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Borrentin“ durch „Amt Demmin-Land“ ersetzt.

Bei der Stadt Mirow (Nr. 100) und der Gemeinde Roggentin (Nr. 289) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Mirow“ durch „Amt Mecklenburgische Kleinseenplatte“ ersetzt.

Bei der Stadt Wesenberg (Nr. 78) und den Gemeinden Wustrow (Nr. 80) und Priebert (Nr. 81) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Wesenberg“ durch „Amt Mecklenburgische Kleinseenplatte“ ersetzt.

Bei den Gemeinden Glasow (Nr. 23), Krackow (Nr. 226), Nadensee (Nr. 98) und der Stadt Penkun (Nr. 251) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Penkun“ durch „Amt Löcknitz-Penkun“ ersetzt.

Bei den Gemeinden Rossow (Nr. 128), Löcknitz (Nr. 130), Ramin (Nr. 192), Plöwen (Nr. 193), Bergholz (Nr. 194), Mewegen (Nr. 195), Blankensee (Nr. 196), Grambow (Nr. 198) und Rothenklempenow (Nr. 199) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Löcknitz“ durch „Amt Löcknitz-Penkun“ ersetzt.

Der Gemeindenname der Nummer 94, Gemeinde Alt Schönau, wird in Gemeinde Lansen-Schönau geändert und in der Spalte „Amt“ wird „Amt Waren-Land“ durch „Amt Seenlandschaft Waren“ ersetzt.

Der Gemeindenname der Nummer 112, Gemeinde Satow, wird in Gemeinde Fünfseen geändert und in der Spalte „Amt“ wird „Amt Malchow-Land“ durch „Amt Malchow“ ersetzt.

Bei den Gemeinden Wildberg (Nr. 152), Kriesow (Nr. 273), Breesen (Nr. 274), Pripsleben (Nr. 276), Tützpatz (Nr. 278) und Wolde (Nr. 279) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Kastorfer See“ durch „Amt Treptower Tollensewinkel“ ersetzt.

Bei den Gemeinden Grapzow (Nr. 34), Burow (Nr. 95), Girschow (Nr. 96), Siedenbollentin (Nr. 97), Bartow (Nr. 177), Golchen (Nr. 178), Werder (Nr. 179), Gültz (Nr. 208) und Gnevkwow (Nr. 223) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Tollensetal“ durch „Amt Treptower Tollensewinkel“ ersetzt.

Bei der Stadt Altentreptow (Nr. 190) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Treptower Tollensewinkel“ eingetragen.

Bei den Gemeinden Basedow (Nr. 145), Duckow (Nr. 146), Faulenrost (Nr. 147), Gielow (Nr. 148), Kummerow (Nr. 150), Remplin (Nr. 151) und Neukalen (Nr. 281) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Am Kummerower See“ durch „Amt Malchin am Kummerower See“ ersetzt.

Bei der Stadt Malchin (Nr. 161) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Malchin am Kummerower See“ eingetragen.

Bei den Gemeinden Walow (Nr. 25), Göhren-Lebbin (Nr. 27), Alt Schwerin (Nr. 105), Nossentiner Hütte (Nr. 109), Penkow (Nr. 110), Silz (Nr. 113) und Zislow (Nr. 114) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Malchow-Land“ durch „Amt Malchow“ ersetzt.

Bei den Gemeinden Moltzow (Nr. 66), Neu Gaarz (Nr. 67), Schwinkendorf (Nr. 68), Hohen Wangelin (Nr. 70), Grabowhöfe (Nr. 132), Vollrathruhe (Nr. 215) und Jabel (Nr. 255) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Moltzow“ durch „Amt Seenlandschaft Waren“ ersetzt.

Bei den Gemeinden Vielist (Nr. 89), Groß Plasten (Nr. 90), Schloen (Nr. 91), Varchentin (Nr. 92), Groß Gievitz (Nr. 93), Kargow (Nr. 103), Groß Dartow (Nr. 153), Klink (Nr. 154), Torgelow am See (Nr. 156) und Hinrichshagen (Nr. 225) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Waren-Land“ durch „Amt Seenlandschaft Waren“ ersetzt.

Bei den Gemeinden Neuendorf A (Nr. 131), Bugewitz (Nr. 136), Wietstock (Nr. 210), Rathebur (Nr. 211), Ducherow (Nr. 212), Löwitz (Nr. 213), Rossin (Nr. 221) und Neu Kosenow (Nr. 243) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Ducherow“ durch „Amt Anklam-Land“ ersetzt.

Bei den Gemeinden Neetzow (Nr. 55), Stolpe (Nr. 56), Iven (Nr. 57), Liepen (Nr. 58), Krien (Nr. 61), Neuendorf B (Nr. 62), Medow (Nr. 63), Krusenfelde (Nr. 64) und Postlow (Nr. 65) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Krien“ durch „Amt Anklam-Land“ ersetzt.

Bei den Gemeinden Boldekow (Nr. 29), Butzow (Nr. 32), Spantekow (Nr. 126), Neuenkirchen (Nr. 127), Putzar (Nr. 241), Japenzin (Nr. 242), Pelsin (Nr. 283), Sarnow (Nr. 288), Blesewitz (Nr. 290) und Drewelow (Nr. 291) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Spantekow“ durch „Amt Anklam-Land“ ersetzt.

Bei den Gemeinden Meiersberg (Nr. 3), Ahlbeck (Nr. 5), Altwarp (Nr. 6), Grambin (Nr. 7), Leopoldshagen (Nr. 8), Liepgarten (Nr. 9), Luckow (Nr. 10), Mönkebude (Nr. 11), Torgelow-Holländerei (Nr. 13), Vogelsang-Warsin (Nr. 141), Hintersee (Nr. 240) und Lübs (Nr. 245) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Ueckermünde-Land“ durch „Amt Am Stettiner Haff“ ersetzt.

Bei den Gemeinden Altwigshagen (Nr. 37), Heinrichswalde (Nr. 38), Heinrichsruh (Nr. 39), Ferdinandshof (Nr. 40), Wilhelmsburg (Nr. 41) und Rothemühl (Nr. 42) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Ferdinandshof“ durch „Amt Torgelow-Ferdinandshof“ ersetzt.

Bei der Stadt Torgelow (Nr. 54) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Torgelow-Ferdinandshof“ eingetragen.

Bei den Gemeinden Düvier (Nr. 235), Görmin (Nr. 236), Sassen (Nr. 237), Trantow (Nr. 238) und Loitz (Nr. 247) wird in der Spalte „Amt“ „Amt Peenetal“ durch „Amt Peenetal/Loitz“ ersetzt.

Die folgenden Gemeinden sind in der Anlage neu aufzunehmen.

Nr.	Stadt/Gemeinde	Amt
12	Altenhagen	Amt Treptower Tollensewinkel
21	Groß Teetzleben	Amt Treptower Tollensewinkel
43	Röckwitz	Amt Treptower Tollensewinkel
51	Grünow	Amt Gramzow
60	Ziethen	Amt Züssow
69	Schmatzin	Amt Züssow
75	Groß Polzin	Amt Züssow
76	Stadt Eggesin	Amt Am Stettiner Haff
77	Boitzenburger Land	
82	Murchin	Amt Züssow
85	Rubkow	Amt Züssow
104	Klein Bünzow	Amt Züssow
106	Puchow	Amt Penzliner Land
107	Leizen	Amt Röbel-Müritz
108	Stuer	Amt Röbel-Müritz
111	Gotthun	Amt Röbel-Müritz
121	Grabow-Below	Amt Röbel-Müritz
129	Kambs	Amt Röbel-Müritz
135	Bollewick	Amt Röbel-Müritz
143	Zepkow	Amt Röbel-Müritz
144	Groß Kelle	Amt Röbel-Müritz
149	Buchholz	Amt Röbel-Müritz
155	Lärz	Amt Röbel-Müritz
157	Melz	Amt Röbel-Müritz
172	Priborn	Amt Röbel-Müritz
176	Schwarz	Amt Röbel-Müritz
180	Vipperow	Amt Röbel-Müritz

Das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern hat mit Schreiben vom 29. September 2005 folgende Genehmigung erteilt:

„Nach Artikel 3 Abs. 2 des Staatsvertrages zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Zweckverbänden, Planungsverbänden nach § 205 des Baugesetzbuches und durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen vom 1./6. Juni 2001 (GVOBl. M-V S. 343) i. V. m. § 152 Abs. 5 i. V. m. Abs. 4 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern i. d. F. Bekanntmachung vom 8. Juni 2004 (GVOBl. M-V S. 205), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. März 2005 (GVOBl. M-V S. 91), genehmige ich die von der Verbandsversammlung auf ihrer Sitzung am 13. Juni 2005 beschlossene Änderung der Verbandssatzung wegen des Beitritts der Gemeinden Altenhagen, Groß Teetzleben, Röckwitz (Amt Treptower Tollensewinkel), der Gemeinden Ziethen, Schmatzin, Groß Polzin, Murchin, Rubkow, Klein Bünzow (Amt Züssow), der Stadt Eggesin (Amt Am Stettiner Haff), der Gemeinde Puchow (Amt Penzliner Land), der Gemeinden Leizen, Stuer, Gotthun, Grabow-Below, Kambs, Bollewick, Zepkow, Groß Kelle, Buchholz, Lärz, Melz, Priborn, Schwarz, Vipperow (Amt Röbel-Müritz), der Gemeinde Grünow (Land Brandenburg/Amt Gramzow) und der Gemeinde Boitzenburger Land (Land Brandenburg).“

Torgelow, den 27. Oktober 2005

Gottschalk

Verbandsvorsteher

Amtsblatt für Brandenburg

Gemeinsames Ministerialblatt für das Land Brandenburg

1064

Amtsblatt für Brandenburg – Nr. 45 vom 16. November 2005

Herausgeber: Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Postanschrift: 14460 Potsdam, Telefon: (03 31) 8 66-0.

Der Bezugspreis beträgt jährlich 56,24 EUR (zzgl. Versandkosten + Portokosten). Die Einzelpreise enthalten keine Mehrwertsteuer. Die Einweisung kann jederzeit erfolgen.

Die Berechnung erfolgt im Namen und für Rechnung des Ministeriums der Justiz des Landes Brandenburg.

Die Kündigung ist nur zum Ende eines Bezugsjahres zulässig; sie muss bis spätestens 3 Monate vor Ablauf des Bezugsjahres dem Verlag zugegangen sein.

Die Lieferung dieses Blattes erfolgt durch die Post. Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH zu richten.

Herstellung, Verlag und Vertrieb: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH, Karl-Liebknecht-Straße 24-25, Haus 2, 14476 Golm (bei Potsdam), Telefon Potsdam (03 31) 56 89 - 0

Der Fundstellennachweis Verwaltungsvorschriften ist im Internet abrufbar unter www.mdj.brandenburg.de (Landesrecht).